

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. — Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. August 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 91

## Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Werkstoff:** Fünfzigjähriges Bestehen des Gaus Oberhein. — Zur Weltpapiernot der Zeitungen. — Einzelheiten über die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Einladung zur internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern. — Wohnungsnot — Mietpreistreibeerei.

**Korrespondenzen:** Kaiserslautern (M.-S.). — Potsdam.

**Rundschau:** Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerstarbeiter. — Ferien! — Annahmungen zu den Gehilfenprüfungen in Berlin. — Dreibriemendiebstahl aus einer Druckerei. — Brothartensfüllungen. — Der Arbeitsmarkt im Juni 1917. — Industrielles aus Ostdeutschland. — Ausstellung für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Leipzig. — Ein Wucherpreis von 1823 Proa.

**Bilanz des Verbandskassierers vom ersten Quartal 1917.**  
**Bericht der Hauptverwaltung vom Monat Juni 1917.**

## Fünfzigjähriges Bestehen des Gaus Oberhein

Schöne Stunden waren es, die vor zehn Jahren eine stoffliche Anzahl von Kollegen aus dem Gau selbst und den angrenzenden Gauen zur Feier des vierzigjährigen Bestehens des Gaus Oberhein, verbunden mit dem ersten Badenerfest, in der lieblichen Weisgauwerle vereinigte, und gar viele waren darunter, welche den bewährten Steuermann unsres Verbandschiffes, Kollegen Döblin, zum ersten Male sahen und hörten, als er die tiefen Eindruck hinterlassende Festrede hielt. Seht dennern die Geschehnisse aus dem nahen Elsaß, und feindliche Flieger kreisen über der Stadt, Tod und Verderben über dieselbe herabfliegend. Mancher der dem Feste damals beizuhenden Kollegen muß nun draußen auf den Schlachtfeldern in blutiger Arbeit die „Fortsschritte“ christlicher Kultur dokumentieren, gar viele ruhen auch schon in fremder Erde!

Diese Tatsache, der unselige Krieg, bestimmt uns auch, von jedweder Feier des fünfzigjährigen Bestehens vorberhand Abstand zu nehmen und für kommende Zeiten zu verlagern. Um das Jubiläum jedoch nicht ganz unerwähnt zu lassen, haben wir unsern Mitgliedern im Gau bereits Mitteilung hiervon im Jahresberichte gemacht. Der weiteren Kollegenchaft geben wir einige kurze Aufzeichnungen zur Kenntnis, gleich den bereits im „Korr.“ mit ihren fünfzigjährigen Jubiläen erwähnten Gauen Schlesien, Württemberg und Rheinland-Westfalen.

Im Jahre 1867 erging von dem damaligen Vorsitzenden des Deutschen Buchdruckerverbandes, Feistel, der Vorschlag an die Kollegen bzw. die „Typographia“ Freiburg, die Gründung eines Zweigvereins des Verbandes mit dem Vororte Freiburg in die Wege zu leiten, welchem Vorschlage denn auch nachgekommen wurde, indem unterm 4. August 1867 im „Korr.“ ein Aufruf an die Kollegen erging, von den Kollegen J. Hölle, F. Prießnitz, R. Kämmerer, L. Großmann, S. Gervers und E. Michaelis unterzeichnet.

Der erste, am 28. Juli 1868 in Freiburg stattgehabte oberheinische Buchdruckerstag beschloß sich in gründlicher Weise mit dem Erfolge dieses Aufrufs, und konnte der Vorsitzende davon Mitteilung machen, daß nach Bekanntgabe dieses Aufrufs die Kollegen von Lohr, Waldshut, Radolfzell, Konstanz, Mühl, Breffen und Bruchsal ihren Beiftritt erklärten hatten, denen im Jahre 1868 noch die Kollegen von Lahr, Säckingen, Mosbach, Schwebingen und Billingen folgten. Der Beitrag, den die Mitglieder des neugegründeten oberheinischen Verbandes zu entrichten hatten, betrug 10 Kreuzer pro Woche.

Unter den der Gauvereinigung angeschlossenen Orten fehlte noch die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe, aber auf dem vierten oberheinischen Gau-tag im Jahr im Jahre 1872 finden wir Karlsruhe mit Mitgliedern in Baden-Baden, Bruchsal, Breffen, Rastatt und Eßlingen durch fünf Delegierte vertreten. Durch weiteren Zutritt der Kollegen in Kehl, Emmendingen, Waldkirch, Billingen, Schopshelm und Stöckach stieg die Mitgliederzahl des Gauverbandes auf 80.

Im Jahre 1877 hatte der Gau erst 96 Mitglieder, nachdem er im Jahre 1873 von 203 auf 88 fiel; eine Folge der Absperrungsaffäre. Der damalige Verbandsvorsitzende entsandte den Kollegen Didolph (Stuttgarter) zur Gewinnung neuer Mitglieder nach Freiburg, wöselbst er auch auf dem dort stattfindenden Gau-tag „Aber das verfloßene Verbandsjahr, gegenwärtige Lage und nächste Ziele des Verbandes“ sprach. Von da an stieg die Mitgliederzahl etwas rascher; sie betrug 1881: 260, 1891: 360, 1896: 468, 1902: 832, 1904: 962 und 1914: 1438. Nun gebot der Weltkrieg ein Halt.

Selbstredend hatte auch der Gau in dieser langen Zeit manche Tüchtigkeit zu befehen, manche Spitze zu umschiffen; aber er schritt rüstig weiter im Aufstiege, und nur der Krieg setzte auch diesem ein Ziel, doch nur zeitlich. Wir werden nach demselben emsig weiterarbeiten.

Der Gau verzeichnet in den 50 Jahren seines Bestehens vierzehn Vorsteher, von welchen der erste, Kollege Prießnitz, erst im Januar d. J. im hohen Alter von 86 Jahren das Zeitliche segnete, und dessen gegenwärtiger, Kollege Lindenlaub, seit 1904 amtiert. Die Gaukasse verwaltesen innerhalb dieser Zeit sechs Kassierer, von welchen der in den Jahren 1869—1884 amtierende Kollege Leber noch als eifriger Versammlungsbesucher selbst im Invalidentstand unter uns weilte und dessen vierter Nachfolger, Kollege Friedrich, seit dem Jahre 1899 als Kassierer sein Amt verließ.

Wir schließen diese Aufzeichnungen mit dem aus tiefstem Herzen kommenden Wunsche, daß nun bald der so heißersehnte Frieden kommen möge, und daß dann unter, so hoffen wir, besseren Lebensbedingungen der Tag kommen wird, an dem wir, wiedervereint mit den Kollegen, die jahrelang draußen vor dem Feinde standen, in würdiger und schöner Weise ein Fest feiern können, das wiederum dazu beitragen wird, die Liebe und Anhänglichkeit zur Organisation zu kräftigen und zu stärken. Es soll werden ein Dankfest nach glücklich überstandener Not und Gefahr und ein Subelfest zu Ehren unsres schönen Verbandes, von dem wir einen bescheidenen Teil bilden.

K. L.

## Zur Weltpapiernot der Zeitungen

In den verbreitetsten Berliner und auswärtigen Zeitungen kann man jetzt fast täglich die Mitteilung an die Leser finden, daß die Papiernot Verleger zwingt, Anzeigen zurückzustellen, und es ist bekannt, daß die Vereinigung der großstädtischen Zeitungen sich mit einer Bekanntmachung an ihre Leser wandte, in der sie darauf hinwies, daß sie infolge der knappen Papiervorräte gezwungen seien, ihre Publikationen einzuschränken. Die Papiernot hat ja auch bereits Anlaß zu Interpellationen im Parlament gegeben, ohne daß bisher wirksame Abhilfe geschaffen wäre. Selbst der nachdrückliche Hinweis auf die Wichtigkeit der Zeitungen für die Kriegsführung konnte nichts daran ändern.

Da dürfte es denn nicht ohne Interesse sein, darauf hinzuweisen, daß im Zeitungsgewerbe schon in den Jahren vor dem Kriege sich ein empfindlicher Mangel an Zellulose bemerkbar zu machen begann. Dieser Mangel war teils auf den stark zunehmenden Papierverbrauch für den Rotationsdruck, teils auf die stark schwindende Holzmasse in den hauptsächlich zellulosefabrizierenden Ländern zurückzuführen. Bei Beginn dieses Jahrhunderts waren die weitausgedehnten Kiefernwaldungen im Sinkerlande des Mississippi gelichtet von 1100 amerikanischen Firmen, die das Papier für die Zeitungen in den Vereinigten Staaten herstellten, und von fernem Gegenden richtete sich der Blick auf die schwedischen Nadelwälder, die bis vor fünf bis sechs Jahren für Südamerika den größten Teil des erforderlichen Zeitungspapiers lieferten. Die Preise begannen langsam in die Höhe zu gehen, und schon damals erchien die Zeit nicht fern, in der die Frage der Einschränkung des Umfangs der Zeitungen brennend wurde. Sehr ist es so weit, daß diese Frage in ganz Europa Bedeutung erlangt hat und eifrig erörtert wird.

Für England und Frankreich ist unter diesen Umständen besonders entscheidend, daß die Frachten die schwedische Zelluloseausfuhr erheblich verfeuern, und daß die U-Bootgefahr die Zufuhren arg einschränkt. So erklärt sich die letzte Erscheinung, daß große französische Zeitungen, z. B. der „Figaro“, auf zwei Seiten zusammengedrumpft sind (ständig? Red.) und andre französische Blätter ohne Inserate erscheinen müssen. Der Straßenverkauf der Zeitungen ist eingeschränkt. Belege werden nicht mehr gegeben, und Blätter, die zweimal täglich erschienen, kommen jetzt nur einmal heraus. In England, wo die Papierpreise um mehr als 300 Proz. gestiegen sind, mußte sich „Daily Mail“ in vier Tagen der Woche auf sechs Seiten beschränken. Auf diese Art spart der Verlag dieses Blattes allein 2400 Sonnen Papier im Jahr. Andre Blätter in London, z. B. die „Times“, haben ihre Preise verdoppelt, „Daily Telegraph“ die Anzeigengebühren erhöht, den Umfang reduziert und dadurch ihren Papierverbrauch herabgesetzt. Da die großen Londoner Blätter in der Regel Eigentum reicher Leute oder kapitalstarker Gesellschaften sind, brechen sie nicht unter dem ökonomischen Niedergange zusammen, aber sie arbeiten doch gegenwärtig sämtlich mit bedeutenden Verlusten.

In den mitteleuropäischen Ländern ist Ungarn das Land, wo der Papiermangel besonders fühlbar hervortrat. Das liegt daran, daß Ungarn mit seinen Kiefernwaldungen in Siebenbürgen selbständig nur zwei Papierfabriken besitzt, die aber nicht Zeitungspapier liefern. Bedeutende ungarische Blätter, wie „Az Est“, sind von sechszehn auf vier Seiten reduziert, und die Inseratengebühr ist von 4 Heller auf 1 Krone pro Wort (pro Wort oder Zeile? Red.) erhöht worden. Überdies hat das Blatt seine Inserate fast ganz wegfassen lassen.

Deutschland, das über Kiefernwaldungen verfügt, ist wohl das einzige Land in Europa, auf das der Krieg noch am wenigsten Einfluß hatte in bezug auf die Herstellung von Rotationsdruckpapier (er ist u. C. mindestens gleich groß. Red.), zumal nicht ein so großer Kohlenmangel herrscht wie in andern Ländern. Deutschland hat auch in der Kriegszeit noch eine bedeutende Ausfuhr von Zeitungsdrukpapier nach Österreich-Ungarn gehabt. Allerdings hat nun auch diese Ausfuhr eine Einschränkung erfahren müssen, die nicht zum mindesten durch den sinkenden Valutakurs beeinflusst wurde.

In Schweden hat das Verhalten der Presse in dieser für sie so wichtigen Frage sich in der Richtung entwickelt, daß die Zeitungsverleger sich schon zeitig veranlaßt sahen, an die Regierung die Forderung zu stellen, ein Verbot der Ausfuhr von Zeitungspapier zu erlassen. Außerdem wurde in Verhandlungen mit den Papierfabriken eingetreten. Diese verpflichteten sich auch endlich dahingehend, daß sie in den Jahren 1916 und 1917 „neues Papier“ (d. h. für solche Blätter, mit denen sie keine laufenden Kontrakte hatten) für 25 Ore pro Kilo und Kompletierungspapier (für den Mehrverbrauch) für 30 Ore liefern.

Die laufenden Wälschliffe für 1916 wurden von Norwegen zu einem Preise von 20%, Ore pro Kilogramm befristet.

Bis zum Ausbruche des Krieges hatten die Zeitungen in Danemark, mit Ausnahme derjenigen, die selbst eine Papierfabrik besitzen, einen Kontrakt mit den Vereinigten Papierfabriken auf Lieferung von Zeitungspapier. Der Preis war in Kopenhagen auf 20 Ore, in den Provinzen auf 22 Ore pro Kilo festgesetzt. Zwischen zwei so stark papierproduzierenden Ländern wie Schweden und Deutschland gelegen, waren die dänischen Papierfabriken in bezug auf ihre Pro-

duktion auf einen Zollschuß angewiesen, der 5 1/2 Dre pro Kilo betrug und faktisch als ein Monopol anzusehen ist. Unter diesem Zollschuß und in Hinsicht auf die abgeschlossenen Verträge war ein gutes Geschäft für die Vereinigten dänischen Papierfabriken die notwendige Folge. Das hat sich besonders während des Krieges gezeigt. Im Jahre 1916, das nicht nur in bezug auf Arbeitslöhne, sondern auch auf alle Rohmaterialien gestiegene Preise brachte, war die Beschäftigung der dänischen Papierfabriken die stärkste seit ihrem Bestehen. Die Fabriken, deren Aktienkapital 3 1/2 Millionen Kronen beträgt, hatten eine Ausbeute von 16 Proz., die, mit den Dividenden der Freizektionen zusammen gerechnet, eine Gesamtdividende von 25 Proz. verfehlen konnten. Aber die mangelnde Kohlenzufuhr kommt auch in der Produktion der dänischen Papierfabriken stark zum Ausdruck, und den weitverbreiteten dänischen Zeitungen droht gleichfalls eine Einschränkung infolge der geminderten Produktion von Zeitungspapier. Zunächst sind die Preise für dieses, wie in „Politiken“ ausführlich dargelegt wurde, erheblich gestiegen. Bei Kriegsausbruch betrug der Preis 20 Dre, er stieg schnell auf 29, dann 34, 39, 44 1/2 Dre pro Kilo. Der Preis für das Zeitungspapier ist also in Dänemark auf mehr als das Doppelte gestiegen. Daß diese Preissteigerung auf die Ankosten der Zeitungen von ganz erheblichem Einfluß sein mußte, ist ohne weiteres erklärlich, und es ist deshalb versucht worden, eine Verständigung mit den Papierfabriken zu erzielen. Das geschah besonders unter Hinweis darauf, daß die dänischen Zeitungen ihren Bedarf auch teilweise aus Schweden und Deutschland decken konnten, trotz des Zollschußes. Denn Deutschland konnte Zeitungspapier von Flensburg für 28—30 Dre für das Kilo liefern, wozu noch Fracht und Zoll kommen, so daß das deutsche Papier sich immerhin noch billiger stellen würde. Die Einfuhr deutschen und schwedischen Zeitungspapiers hätte dabei für Dänemark noch besondere Bedeutung, da dieses Land bekanntlich keine Kohlengruben besitzt und in bezug auf die Versorgung mit Kohlen ausschließlich auf das Ausland angewiesen ist. Jede Tonne Papier aber, die von den dänischen Papierfabriken hergestellt wird, kostet eine Tonne Kohlen. Bei der Kohlennot, die in den nördlichen Ländern herrscht, ist es deshalb auch erklärlich, daß man einer großen Einfuhr von Zeitungspapier dadurch entgegenkommen will, indem der beachtliche Eingangszoll für dieses aufgegeben werden soll.

Ob allerdings Deutschland bei dem im eigenen Lande herrschenden Papiermangel jetzt in der Lage sein würde, noch größere Mengen zu exportieren, erscheint fraglich (ist direkt ausgeschlossen, Red.). Denn es hat sich gezeigt, daß von sämtlichen Schwierigkeiten, die der Presse während des Krieges in allen Ländern erwuchsen, der Papiermangel die größte ist.

Berlin.

F. H.

### Einzelheiten über die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände

Im „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission ist jetzt ein ausführlicher Bericht über diese Konferenz enthalten, von der wir in Nr. 87, einem Vorbericht entnommen, schon die Hauptpunkte gebracht haben: die Zustimmung zur Friedensresolution des Reichstags, die Stellungnahme zur inneren Neuordnung Deutschlands sowie den Einspruch gegen Verordnungen der Generalkommandos des I. und VI. Armeekorps, die eine Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts in diesen Bezirken bedeuten.

Aus den Verhandlungen ist dann noch zu entnehmen: Der Geschäftsbericht der Generalkommission wurde in drei Referate eingeteilt. Regien berichtete über den gewerkschaftlichen Teil, Bauer über die Hilfsdienstfragen und A. Schmidt über die Ernährungsfragen.

Der Bericht Regiens erstreckte sich auf die Unterhaltung der Arbeitersekretariate, insbesondere des Braunschweiger Bezirkssekretariats, das von dem örtlichen Sekretariat abgetrennt wurde, über die Rüstungsarbeiterstreiks und die Stellungnahme der Generalkommission dazu, über den Beitritt der letzteren zum „Roten Kreuz“, über die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Sammlungen für Kriegsbeschädigte sowie über einige Fragen der Kriegs- und Übergangswirtschaft, wobei besonders die Einschränkung des Papierverbrauchs das Interesse der Gewerkschaftspresse berührt. Einen vom Vorstande des Handlungsgehilfenverbandes gegen die Haltung der Generalkommission gerichteten Antrag, der verlangt, daß die Generalkommission nicht bloß mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern auch mit der Vertretung der unabhängigen Sozialdemokratie zusammenwirken soll, wies er mit der Begründung zurück, daß das von den Gewerkschaften gestiftete Mannheimer Abkommen mit der Partei nur die eine Partei und die eine Reichstagsfraktion kenne.

In der Debatte wurde über das Zusammenwirken mit der sozialdemokratischen Partei gesprochen und dann der Antrag des Handlungsgehilfenverbandes gegen eine Stimme abgelehnt. (Etwas anderes konnte auch nicht möglich sein. Die Generalkommission als Zentralinstanz der Gewerkschaften kann gar nicht in Verbindung treten mit Gruppen, die von der politischen Zentralorganisation abgeplittet sind. Nach der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist jetzt, von Bremen und Hamburg ausgehend, eine „Internationale Sozialistische Partei Deutschlands“ in der Bildung begriffen. Ob diese Quertreibereien damit sich erschöpfen, ist noch fraglich; feststehend jedoch, daß die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung dadurch mehr und mehr illusorisch und der daraus entstehende Schaden für die Gesamtheit immer offensichtlicher wird. Die Generalkommission

müßte in logischer Folge des Vorstandsantrags der Handlungsgehilfen jede Spaltungsgruppe anerkennen, was zu einem neuen Lohwahn führen würde. Da es von demselben darauf angelegt ist, auch in den Gewerkschaften alles von oben zu unterst zu kehren, so gebietet sich überdies nur ablehnende Stellungnahme.) Über die Zusammenarbeit mit den andern Gewerkschaftsrichtungen und den Angestelltenverbänden, die politische Streikpropaganda, die Drucklegung der Konferenzprotokolle, die alleseitig für notwendig erachtete Neuordnung der Gehälter der Angestellten in der Generalkommission wurde ebenfalls gesprochen. Ein Antrag, eine Studienkommission für Übergangswirtschaft und Handelsvertragsfragen einzusetzen, wurde der Generalkommission zur Prüfung der hierzu notwendigen Einrichtungen Kräfte und Mittel überwiesen. Fernerhin soll die Generalkommission mit der zuständigen Reichsleitung für Übergangswirtschaft über die Zuehung von Arbeitervertretern zu den Selbstverwaltungskörperschaften (Industrie- und Gewerbegruppen) verhandeln.

Der Bericht Bauers über Hilfsdienstfragen behandelte die Befreiungen vom Hilfsdienste, die Ausschubwahnen und die Befreiungen der Weiblen, in die Ausschüsse hineingelangen, sowie die leitenden Erfahrungen aus der Wirksamkeit des Hilfsdienstgesetzes (Lohnfragen, Beschäftigung und Organisierung der Ausländer, Arbeitsvermittlung, Versammlungsrecht und Beschwerden). Ferner wurde gegen einen Erlaß des Kriegsamts, der die Hilfsdienstpflichtigen am Arbeitswechsel wegen Erstrebung höherer Löhne behindert, Einspruch erhoben und die Generalkommission beauftragt, mit dem Kriegsamte über die Zurückziehung dieses Erlasses zu verhandeln.

Der Bericht von A. Schmidt über Ernährungsfragen behandelte die seit der Herabsetzung der Rationierungen eingetretenen Phasen in der Volksernährung, wobei er der Überzeugung Ausdruck gab, daß der Brotgetreide- und Kartoffelmangel zu einem guten Teil auf die Verflüchtigung der zu menschlicher Ernährung bestimmten Vorräte an das Vieh verurteilt sei. Er erörterte dann die Mißstände bei der Gemüse- und Obstverforgung und die Bewirtschaftung der neuen Ernte sowie die Regelung der Kohlenverforgung.

Danach erstattete Bauer den Bericht von der internationalen sozialistischen Konferenz in Stockholm, die die Verständigung der Arbeiterparteien aller Länder herbeiführen sollte. Die Generalkommission hatte zu diesen Beratungen drei Vertreter delegiert. Wenn die Konferenz auch das für sie vorgezeichnete Ziel nicht erreicht hat, so hat sie doch wenigstens bei den ausländischen Arbeiterparteien Aufklärung und Verständnis für die wirkliche Haltung und die Friedensziele der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gebracht. Ganz besonders ist zu begrüßen, daß der russische Arbeiter- und Soldatenrat darüber informiert werden konnte und dadurch der internationalen Verständigung ein einflussreicher Förderer erwacht wurde. In der Aussprache über die Friedensbestrebungen wurde von einer Seite das Zusammenwirken der Generalkommission mit der Partei scharf angegriffen. Von einigen Rednern wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Generalkommission die Delegation zu solchen Konferenzen der Vorständekonferenz zur Beschlußfassung unterbreiten möge. Mit der Haltung der Gewerkschaftsvertreter erklärte sich die Konferenz einverstanden. Die Generalkommission wurde ermächtigt, auch weitere Friedenskonferenzen dieser Art mit Gewerkschaftsvertretern zu beschicken.

Daran schloß sich die Stellungnahme der Konferenz zu der bevorstehenden internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern, die die schweizerische Landeszentrale der Gewerkschaften im Auftrage der Stockholmer Konferenz vom 8. Juni d. J. einberufen hat. Regien berichtete über die Konferenz in Stockholm und über die Vorgänge, die zur Einberufung einer neuen Konferenz in Bern führten. Die Vorständekonferenz beschloß, die Berner Konferenz durch zehn Vertreter zu beschicken. Dieser Konferenz soll eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen unterbreitet werden, die im Friedensvertrage bei Abschluß des Krieges Aufnahme finden sollen.

Janßen berichtete über diese Vorlage, daß eine Gewerkschaftskonferenz in Leeds ein ähnliches Programm für die Gewerkschaften der Entenseländer aufgestellt habe, das nicht bloß große Lücken aufweise, sondern auch unzumutbare Forderungen enthalte. In die Vorlage der Generalkommission seien nur allgemeine Forderungen aufgenommen worden, während die besonderen beruflichen Forderungen beim Internationalen Arbeitsamt in Basel, dem der Charakter einer internationalen öffentlich-rechtlichen Institution zugeordnet ist, geltend gemacht werden sollten.

In der Diskussion wurde eine anderweitige Redaktion einzelner Forderungen sowie deren Ergänzungen gewünscht. Die deutsche Delegation wurde ermächtigt, sich darüber vor der Berner Konferenz schlüssig zu werden. Die Delegationskosten werden von der Generalkommission vorausgelegt und auf die Gewerkschaften umgelegt. Die Konferenz wählte sieben Delegierte sowie Ergänzungsmänner für diese und ermächtigte die Generalkommission, drei Delegierte zu entsenden.

Sodann unterbreitete der für die Neuordnung der Gehälter der Angestellten der Generalkommission eingesetzte Ausschuss eine Vorlage, die von Teilpartei eingehend begründet wurde. Er hob hervor, daß der Ausschuss sämtliche Beschlüsse einstimmig gefaßt habe. Die Gehaltsvor schläge des Ausschusses wurden nach kurzer Debatte einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Um die Arbeiterinnen in höherem Maße zur gewerkschaftlichen Organisation heranzuziehen, wurde das Arbeiterinnensekretariat mit der Herausgabe einer geeigneten Agitationschrift beauftragt.

Zur Stellungnahme zur Organisation der Kriegsteilnehmer wurde die Vorständekonferenz veranlaßt durch die

Gründung eines Bundes der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten, der den Zweck verfolgt, die gemeinsamen Interessen der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten durch die Selbst der Gesetzgebung gegenüber wie auch im Wirtschaftsleben zu wahren und Kameradschaft und Solidarität zu pflegen. Die Gründung des Bundes erfolgte aus Kreisen, die der modernen Arbeiterbewegung nahe stehen, und im Gegensatz zu der auf der Eßener Osteragung beschlossenen Zentralisation der Kriegsbeschädigten, die sich neuerdings der kräftigen Unterstützung der Schwerindustriellen erfreut und dazu ausreizen scheint, die Selben abzuschließen. Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände hatten sich im April d. J. aus Anlaß der Eßener Gründung gegen jede Sonderorganisation der Kriegsbeschädigten erklärt und deren Interessenwahrung für die Gewerkschaften und deren Arbeitersekretariate beansprucht. Zu einer Organisation der Kriegsteilnehmer hatten die Gewerkschaften selber noch nicht Stellung genommen; doch ist das für und Wider in einem Teile der Gewerkschaftspresse lebhaft erörtert worden. Die Vorständekonferenz entschied sich nach einer einleitenden Schilderung eines Vertreters der Bundesleitung, der die Umstände, die zur Gründung dieser Organisation führten, sowie die ihr von behördlicher Seite gemachten Schwierigkeiten schilderte, für einen Beschluß, wonach für diesen Bund das gleiche gilt, was von den Gewerkschaften und den Angestelltenverbänden in der Rundgebung vom 3. April 1917 gegenüber dem Eßener Verbande der Kriegsbeschädigten gelangt worden ist. Zu dem Bunde könne erst dann Stellung genommen werden, wenn dieser, unbeeinflusst durch Eingriffe der Behörden, seine ursprüngliche Aufgabe, die Kriegsteilnehmer zu vereinen, wird in Angriff nehmen können.

Im weiteren stimmte die Konferenz dem Anschlusse des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Allgemeinen deutschen Chorführerverbandes an die Generalkommission zu. Der Deutsche Eisenbahnerverband darf zur Zahlung von Streikbeiträgen nicht herangezogen werden; er ist, nachdem die ihm seither bereitelten Schwierigkeiten durch Verhandlungen mit den Eisenbahnverwaltungen und mit dem Reichszentraler aus dem Wege geräumt werden konnten, bereits zu einer erfreulichen Stärke herangewachsen und in besserer Entwicklung begriffen. Der Allgemeine deutsche Chorführerverband (Sitz Mannheim) umfaßt etwa 2300 Mitglieder. Ferner stimmte die Konferenz dem Beitritte der Generalkommission zum Verbande zur Förderung deutscher Theaterkultur zu.

Auf Antrag des Vorsitzenden des Deutschen Bauarbeiterverbandes wurde die Generalkommission beauftragt, die Wirkungen des Abertrittsverbots (Mitgliederübernahme aus andern Gewerkschaften) während des Krieges zu prüfen und die Frage der Aufhebung jenes Verbots auf die Tagesordnung der nächsten Vorständekonferenz zu setzen.

### Einberufung der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern

Gemäß der von der internationalen gewerkschaftlichen Vorkonferenz in Stockholm am 8. Juni d. J. getroffenen Entschloßung hat nun die Leitung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes an alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Landeszentralen Einladung zum 1. Oktober nach Bern ergehen lassen. Die Tagesordnung soll die zwei Punkte umfassen: Konstitution und Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes; Anträge der internationalen Gewerkschaften zum Friedenskongress.

Zum ersten Punkt erklärt die schweizerische Gewerkschaftsleitung, sie wisse nicht, in welcher Weise er erledigt werden solle. Die französische Gewerkschaftszentrale wünsche die Verlegung des Sitzes (jetzt Berlin) nach einem neutralen Land. Es solle ein Exekutivkomitee gebildet werden, dem außer dem internationalen Sekretär Vertreter mehrerer umliegender Länder angehören. Dieses Komitee werde von der Konferenz zu wählen sein, habe deren Beschlüsse auszuführen und dem Sekretär Direktiven zu geben. Der internationale Sekretär Regien widerspricht einer Verlegung des internationalen Gewerkschaftsbundes jetzt, will die Konferenz aber daran nicht scheitern lassen.

Über den zweiten Punkt hind wir uns insofern nicht klar, als die vorigeletzte Verlesung unterlegende Stockholmer Konferenz, die nun „bestimmt“ am 9. September beginnen soll, bis zum 1. Oktober wohl beendigt sein dürfte.

Servorzuheben ist die Bestimmung, daß die Behandlung politischer Fragen in Bern ausgeschlossen sein soll. Die schweizerische Gewerkschaftszentrale glaubt im Sinn aller Gewerkschaftler versichern zu können, „daß die Stellungnahme zum Frieden für uns von weittragender Bedeutung ist. Das es unbedingt notwendig ist, die Arbeiterchaft in allen Ländern mit den gewerkschaftlichen Forderungen für den Frieden vertraut zu machen, daß, je imponanter die Konferenz sich gestaltet, je einmütiger der Wille des Proletariats der Kulturwelt dort zum Ausdruck kommt, um so energischer auch die Arbeitermassen hinter dem Programm stehen werden.“

Möge der beschiedene Anfang von Stockholm im Juni zu einer großen Aktion unter Beteiligung aller Gewerkschaftszentralen in Bern werden!

### Wohnungsnot - Mietpreistreiberi

Den Schutz der Mieter

bewacht eine Verordnung des Bundesrats vom 26. Juli 1917, die das Anrufen des Einigungsamts bzw. Errichtung von Mietseigungsämtern und das Verfahren vor diesen



Amtern vorsteht. Ist nämlich im Bezirk einer Gemeindebehörde ein Einigungsamt errichtet, so kann die Landeszentralbehörde das Amt ermächtigen:

1. auf Anrufen eines Mieters über die Wirksamkeit einer nach dem 1. Juni 1917 erfolgten Kündigung des Vermieters, über die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses und ihre Dauer sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der Fortsetzung zu bestimmen;
2. auf Anrufen eines Vermieters einen mit einem neuen Mieter abgeschlossenen Mietvertrag, dessen Erfüllung von einer Entscheidung gemäß Nr. 1 betroffen wird, mit rückwirkender Kraft aufzuheben.

Die Erteilung der Ermächtigung ist von der Gemeindebehörde in ordnungsgemäßer Weise bekanntzumachen.

Leider haben bisher noch wenige Städte von der Errichtung von Mietseignungsämtern Gebrauch gemacht, trotzdem bereits eine Verordnung vom 15. Dezember 1914 den Gemeinden die Ermächtigung zur Errichtung solcher Ämter gab. Nach der neuesten Verordnung können nunmehr die Gemeinden durch die Landeszentralbehörden zur Errichtung von Einigungsämtern angehalten werden. Auch können deren Befugnisse einer andern Stelle übertragen werden.

Das Einigungsamt soll entscheiden in der Besetzung eines Vorstehenden und mindestens zwei Beisitzern. Die Beisitzer sollen zur Hälfte dem Kreise der Hausbesitzer, zur andern Hälfte dem der Mieter angehören. Sehr wichtig ist, daß die Entscheidungen des Einigungsamts unanfechtbar sein sollen. Das Verfahren selbst ist gebührenfrei. Das Amt bestimmt, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat.

Hoffentlich machen die Landeszentralbehörden nun von der Ermächtigung — die Gemeinden zur Errichtung von Einigungsämtern anzuhalten — zum Schutze der Mieter ausgiebigen Gebrauch.

Diese Bundesratsverordnung wurde in Beantwortung einer sozialdemokratischen Interpellation am 9. Juli im Reichstage durch den Staatssekretär Seltschick als bevorstehend angekündigt. Ein Mangel daran ist, daß sie vor den Spottbekengern halt macht. Wenn diese ohne Rücksicht auf die obwaltenden Verhältnisse den Zinsfuß erhöhen, werden die Hausbesitzer befristet sein, die Mehrbelastung auf die Mieter zu übertragen. Die Schwierigkeiten hätten so mehr verringert werden können. Einen Fortschritt bedeutet der neue Mieterschutz denjenigen. Auf dem zu Anfang dieser Woche in Hannover abgehaltenen Hausbesitzertage war man nicht sonderlich erbaut über diese geistliche Beschränkung des Mieters.

### Grundlose Wohnungskündigungen.

Den Kiefer Hausbesitzern ist es durch eine Gouvernementsverordnung verboten, den Mietern zu kündigen, wenn nicht ausreichende Gründe für die Kündigung vorliegen. Diese Verordnung wird aber nach der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ von den Hausbesitzern häufig übertreten. Da nun Kiel ein Mietseignungsamt noch nicht hat, so befaßt sich dort das Kriegsgericht ab und zu mit erfolgten Kündigungen.

In der Sitzung vom 23. Juli 1917 erklärte das außerordentliche Kriegsgericht wiederum vier Kündigungen von Wohnungen als grundlos erlosch und verurteilte die Hausbesitzer zu Geldstrafen von 15, 20, 40 und 50 Mk. Eine Kündigung war sogar erfolgt, weil die Kinder der Mieterin geschrien haben sollten während der Zeit, wo die Mutter Lebensmittel holte! Im fünften Falle wurde der Kündigungsgrund als triftig angesehen. Der Hausbesitzer gab als Grund an, die Mieterin sei unverträglich. Nach ihrem Auftreten vor Gericht wurde das als erwiesen angenommen.

Samburg.

M. Gildenberg.

### □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Wd. Kaiserslautern.** (Maschinenseher.) Nachdem im Dezember 1916 unser Bezirksverein nach fast zweieinhalbjährigem Stillstande wieder glücklich auf die Beine gebracht werden konnte, fand am 29. Juli in Landau wieder eine Versammlung statt. Dieselbe war gut besucht, und zwar aus Kaiserslautern von 5, Landau 3, Neustadt 2, Birnigens 1 und Zweibrücken 2 Kollegen; außerdem war noch ein feidgrauer Kollege von Landau erschienen. Der Vorsitzende von der Mittelrheinischen Maschinenleherversammlung, Kollege Dunkel (Mannheim), eröffnete und leitete die Versammlung und gab auch den Geschäftsbericht. Hierauf wurden die Situationsberichte der einzelnen Druckorte entgegengenommen, die zufriedenstellend waren. Wie aus denselben hervorging, haben wir im Bezirke drei „weibliche Kollegen“, zwei in Zweibrücken und einen in Landau. Weiter wurde bekannt, daß in letzter Zeit im Bezirke vier neue Linotypes (drei in Kaiserslautern und eine in Zweibrücken) aufgestellt wurden. Vom Gau wurde eine bessere Fühlungsnahme von Seiten des Bezirkes gewünscht, vor allem mehr Versammlungen, denn nur dadurch würde das Interesse an der Vereinstätigkeit gesteigert. Den Kassenbericht für das zweite Quartal erstattete Kollege Graf (Kaiserslautern). Unter „technischem“ hielt Kollege Dunkel (Mannheim) einen speziell für Anfänger interessanten Vortrag: „Das rationale Arbeiten an der Linotype“, der durch große Aufmerksamkeit reichlich belohnt wurde. Weitere solcher Vorträge wurden noch vom Kollegen Dunkel in Aussicht gestellt. Abschließend an den Vortrag wurden dann die Neuerungen der einzelnen Maschinentypen besprochen. Punkt „Ver-

schiedenes“ brachte innere Angelegenheiten. Als nächster Verhandlungsort wurde Birnigens in Vorschlag gebracht.

**Potsdam.** Am 22. Juli fand hier eine Sitzung der Ortsvereinsvorstände des Bezirkes Potsdam statt. Nach den Punkten, Mitteilungen und Berichte der Delegierten kamen die Steuerungsulagen zur Sprache. Große Anzuehmigkeit drückte jeder Delegierte in seinem Bericht aus über die zu geringe Steuerungsulage, denn es sei in dieser schweren Zeit kaum möglich, mit dem bis jetzt gezahlten Lohn einschließlich der letzteren durchzukommen. Auch die in Nr. 62 im „Korr.“ veröffentlichte Resolution und deren Beantwortung in Nr. 63 unter „Marginalien“ kam zur Sprache. Da es eines jeden der Verbandsratsvereins Pflicht sei, vorwärts zu streben und für das Wohl seiner Mitglieder zu sorgen und er zum mindesten doch sein Organ, den „Korr.“, als treue Stütze verlangen könne, wurde das Verhalten der Redaktion verurteilt und folgende Resolution gefaßt: „Die am 22. Juli in Potsdam tagende Sitzung der Vorstände des Bezirkes Potsdam verurteilt in entscheidender Weise die Art der Abfertigung eines Ortsvereins aus der „Provinz“, welcher es wagte, gegen die Zustände in der jetzt herrschenden Lebenshaltung, insbesondere über die „hohen“ Löhne der Buchdrucker Stellung zu nehmen; sie spricht der Redaktion das Recht, die Beschwerden der Kollegen in dieser Weise abzumun, vollständig ab, und glaubt dies auch im Interesse aller Provinzkollegen zu tun.“ (Wir können zugunsten der Väter dieser Entfaltungresolution nur annehmen, daß ihnen am 22. Juli nicht mehr gegenwärtig war, was wir am 5. Juni über die in einer Potsdamer Versammlung zum Ausdruck gekommene irrtümliche Auffassung über Zurückhaltung und Erhöhung der Grundpositionen an Stelle von Steuerungsulagen geschrieben haben, und zwar durchaus sachlich. Die Potsdamer Resolution in Nr. 62 hätte in dieser oder jener Beziehung schärfere Beleuchtung verdient; wir begnügen uns indes mit einer sachgemäßen Aufklärung. Das ist unsre Pflicht, die wir in den Schlussartikeln der „Marginalien“ (Nrn. 87 und 88) einer ganzen Anzahl von Mitgliedschaften gegenüber ebenso erfüllt haben, um eine Klärung der Ansichten herbeizuführen. Die Potsdamer Vorstandskonferenz scheint aber auf Unfehlbarkeit Anspruch zu erheben, was durch ein großes Quantum von Unmahnung noch ungenießbarer wird. „Auch im Interesse aller Provinzkollegen“ die Redaktion abzutouffeln, ist dreist und gottesfürchtig, weil die Provinzkollegen außerhalb des Bezirkes Potsdam gar nicht daran gedacht haben, demachen die Begriffe zu verwechseln. Wenn wir noch sagen, daß über die Urteilsfolge „Marginalien“ usw. von Provinzkollegen die meisten Zustimmungen eingegangen sind, dann wird wohl in Potsdam der Nebel von den Wassern zu weichen beginnen. (Red.)

### □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

**Von Buchdruckern im Kriege.** Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eisene Kreuz: Emil Ganzke (Berlin), Hubert Wolski (Bülow), Emil Middelhof (Eberfeld), Gerhard Werks (Voch), Albert Radensthein (Tehoe), August Sumburg (Kassel), Fritz Grünhauer und Kronenberger (Mainz), Fritz Marxin (Münster), Artur Hildebrandt, Gustav Hünke und Heinrich Degenhardt (Recklinghausen). Damit haben bis jetzt 3898 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

**Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerfaher.** In Straburg i. E. sind die Buchdrucker als Schwerarbeiter anerkannt worden. Sie erhalten Zulagekarten für wöchentlich 1 Pf. Brot.

**Ferien!** In Straburg i. E. wurde den Gehilfen der Druckereien „Bürgerzeitung“, „Neueste Nachrichten“, „Neue Zeitung“, Schulz & Co. und Volksdruckerei ein Sommerurlaub von je drei Tagen gewährt; die Druckerei der „Straburger Post“ fand es mit zwei Tagen für genügend. — Die Firma J. Keller & Co. in Dillingen a. D. hat, mit drei Tagen im zweiten Beschäftigungsjahre beginnend, einen Sommerurlaub eingeführt, der von Jahr zu Jahr um einen Tag sich erweitert, um von einer Woche im sechsten Jahr auf zehn Tage im zehnten Jahr überzulpringen und damit das Maximum zu erreichen.

**Anmeldungen zu den Gehilfenprüfungen in Berlin.** Die im Oktober ausstehenden Lehrlinge: Seher, Drucker, Stereotypenre, Galvanoplastiker und Stempelschneider aus den Stadtteilen Berlin, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Charlottenburg, Neukölln sowie den Landkreisen Telfow und Niederbarnim haben ihre Anmeldungen an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, Herrn Buchdruckereibehälter Alfred Forsberg, in Firma R. Döringhosen, Berlin NO 18, Lichtenberger Straße 17, zu bewirken. Bei der Anmeldung sind einzusenden: ein selbstständig verfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf des Prüflings auf Reichsformalbogen, eine Bescheinigung des Lehrherrn, von wann bis wann die Lehrzeit währte, das Abgangszeugnis der Fach- oder einer Fortbildungsschule und die Prüfungsgebühr in Höhe von 6 Mk. (bei Überendung durch die Post porto- und bestellgeldfrei).

**Treibriemenfabrikation aus einer Druckerei.** Aus der Buchdruckerei und Papierwarenfabrik A. Klestadt in Gelsenkirchen wurden sämtliche Treibriemen entwendet. Ihr Wert beläuft sich auf 6000 Mk.

**Brotkaufschätzungen.** Auch unter den Feinddruckern lassen sich Berufsgenossen verlesen, den gefährlichen Weg der Nachahmung von Lebensmittelkarten zu betreten. Die

schwere Not macht das entschuldbar, aber die zu gewärtigende Befragung ist doch die schlimmere Seite. So wurde jetzt in Nordhausen ein 63jähriger Feinddrucker zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt; vier weibliche Personen erhielten wegen des Vertriebes der gefälschten Karten sechs, vier und eine Woche Gefängnis.

**Der Arbeitsmarkt im Juni 1917.** Die seit Monaten sehr lebhaft Tätigkeit im Bergbau und Hüttenbetriebe hat gegenüber dem Juni 1916 verschiedentlich noch eine Steigerung erfahren. Ungefragteste Tätigkeit herrschte in der Eisen- und Metallindustrie wie im Maschinenbau. Die elektrische Industrie zeigte noch vermehrte Beschäftigung gegen das Vorjahr, gleichfalls die chemische Industrie. Teils Zunahme, teils Abnahme der Beschäftigung war das in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie sich zeigende Bild. Auf dem Baumarkt ist die Lage im ganzen unverändert. Bei den Arbeitsnachweiser war ein weiteres Sinken des Angebotes der männlichen wie der weiblichen Arbeitssuchenden zu verzeichnen. Auf 100 offene Stellen entfielen nur 47 Arbeitsgeloche (53 im Mai) von männlichen Personen, von weiblichen 86, gegen 96 im Mai. Hamburg weicht am meisten von dem allgemeinen Bild ab. Dort ist die Nachfrage wie das Angebot weiblicher Arbeitskräfte größer geworden. Die Nachweigungen der Krankenkassen ergeben eine Abnahme der männlichen Beschäftigten um 109405 oder 2,4 Proz. (im Mai 1,16 Zunahme), bei den weiblichen ist eine Steigerung von 0,16 Proz. (1,64) eingetreten.

**Industrielles aus Ostpreußen.** An der Lösung der großen wirtschaftlichen Aufgaben, die uns nach dem Kriege bevorstehen, will sich auch der deutsche Osten tatkräftig beteiligen. Zu diesem Zwecke haben sich in voriger Woche in Danzig Kommunen und Einzelpersonen zu einem Weichsel-Schiffahrtsvereine zusammengeschlossen. In Danzig soll ein großer Handelshafen geschaffen werden, der bis Pleschendorf und darüber hinaus reichen und als Endpunkt eines großen Wasserstraßennetzes eine Bedeutung erlangen soll, wie sie heute Hamburg hat. Geheimrat Ehlers prophezeit in einem Vortrag über die Binnenwasserstraßen des Ostens, daß zehn Jahre nach Fertigstellung dieser Straße bereits ein Güterverkehr von 20 Mill. Tonnen erreicht sein würde. In Danzig soll ferner eine ständige Industrieausstellung geschaffen werden, um nach den großen Störungen, die der Krieg dem gesamten Handelsverkehr gebracht hat, den Handel- und Industriezweigen Westpreußens die Wiederaufnahme ihrer alten und die Anknüpfungen neuer Verbindungen zu erleichtern. Da es hier nicht so wie in Breslau oder Köln möglich ist, durch periodisch wiederkehrende Messen den Strom der Einkäufer zu bestimmten Seiten herzulenkeln, soll den Käufern Gelegenheit gegeben werden, zu jeder Zeit und an einer Stelle einen Überblick zu gewinnen über die Erzeugnisse der westpreussischen Schiffbau-, Maschinen-, Möbels-, Papier-, Tabak- und Genussmittelindustrie u. a. m. zu geben.

**Ausstellung für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Leipzig.** Der „Reimatsbank“ in Sachsen veranstaltet in der Zeit vom 11. August bis 3. September im „Krisitalpalast“ in Leipzig eine Ausstellung in größerem Stil. Ein reiche literarische Abteilung wird ihr angeschliedert sein, worunter sich auch Doktorarbeiten über Kriegsbeschädigtenfürsorge von deutschen, österreichischen und schweizerischen Universitäten befinden sowie die Drucksachen und Formulare der Kriegsbeschädigtenfürsorgeorganisationen in Deutschland.

**Ein Wucherpreis von 1823 Proz.** Ein Kaufmann Schwarzberger in Chemnitz verpackerte einen Posten Kunstseide, den er mit 91 Pf. für das Kilogramm erstanden hatte, um 17,50 Mk. pro Kilo weiter. Das ist ein Zuschlag von nicht weniger als 1823 Proz. In einem andern Falle verdiente Schwarzberger an schwedischer Kunstseide „nur“ 92 Proz. Das Gericht faßte den auch als Kennfallschreiber bekannten Mann mit 6000 Mk. Geldstrafe nicht zu hart an. In Schwarzberger kam Calver, den das Wort Kriegswucher hysterisch gemacht hat, wieder einen Verträmmeler seiner Phantastereien erlidten.

### □ □ □ □ Verschiedene Eingänge □ □ □ □

- „Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Monatschrift für das graphische Kunstgewerbe. Heft 6, 35. Jahrgang. Bezugspreis halbjährlich in Deutschland 3,40 Mk. (4,25 Fr.). Zu beziehen durch den Buchhandel von W. Schneider & Co. (Nachfolger von V. Richter-Engler), St. Gallen, St. Leonhardstraße 6.
- „Centralrat für die gesamte Zeitungspraxis.“ Herausgeber und Verleger Paul Frenzel, Berlin-Südende, Stephanstr. 28.
- „Das Recht der Organisationen im neuen Deutschland.“ II. Das Arbeitsrecht und die sozialrechtlichen Lebens- und Polizeigehaltsfragen der Gehilfen bei Sozial Reformen.“ Herausgegeben vom Vorstande. Preis 80 Pf. Verlag von Gustav Fischer, Jena.
- „Mitteilungen der Buchdruckerschule München.“ Nr. 6 der monatlichen „Schulmitteilungen“. Dritter Jahrgang. Jährlich für 2,50 Mk., mit Porto für 3,50 Mk. von der Geschäftsstelle München, Gabelstraße 12 I, zu beziehen.
- „Die Geschichte einer verlassenen Ehe.“ Von Max Schölin. Preis 2 Mk. Verlag Albert Dehar Müller, Heilbrunn a. M.
- „Die Neue Welt.“ Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. Nrn. 14-17, 35. Jahrgang. 2. Band. Verlag von G. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart.
- „Kriegsbräute.“ Gedichte von Franz Albert Kannerl. Preis 90 Pf. Verlag Emil Felix, Liebenwerda.
- „Der Naturarzt.“ 34. Jahrgangnummer. 45. Jahrgang. Erscheint am 1. jeden Monats. Jährlich 3 Mk., Einzelheft 30 Pf. Geschäftsstelle: Berlin SW 11, Kollische Straße 20.

### □ □ □ □ Briefkasten □ □ □ □

D. D. in Ch. und S. M. in E.: Empfang wird befristet; Verwendung bei nächster Gelegenheit. — S. E. in S.: Sachen, die erst am Montag, Mittwoch und Freitag für die Donnerstags-, Sonnabend- oder Dienstagnummer aufgegeben werden können, aber bestimmt erscheinen müssen, sollten bei größeren Entfernungen unter den gegenwärtigen ungenügenden Bedingungen und Auslagen als Gebühre gezahlt werden. Redaktions- und Abgabenschluss ist an den gebachten Tagen mittags. Häufig erhalten wir dringende Sachen aber erst am Abend. Es müssen jeht alle Hindernisse in Betracht gezogen werden. Auch falschebestellungen verursachen jeht immer häufiger größere Verzögerungen. Bei Schluss dieser Nummer er-

halten wir a. B. die Mitteilung, daß ein von uns ordnungsgemäß adressierter Brief nach Berlin bez. Zeige gebraucht hat, bis er in die richtigen Hände gelangt ist. — G. Z. in Z.: Als Buchdrucker sollten Sie wissen, daß der Verlag eines Blattes mit solchen Einträgen nichts zu tun hat; das ist doch nichts anderes als eine Briefkastenfrage. Zudem war die Adressierung an den Verbandsvorsitzenden als Verleger absolut unzulässig. Durch Übersendung von Berlin an die Redaktion ist nochmals Zeitverlust entstanden. Nun müssen wir erst Links ab helfen. Weiter: Wenn Sie noch einmal ein frankiertes Anwerkle senden, wird in die Marken versandt, denn briefliche Auskünfte zu erhalten, heißt uns die Zeit. — D. Z. in Z.: Sehr wahr gesprochen, aber nicht verwerpen Sie dieser Ansicht. — G. Z. in Z.: Wird gern aufgenommen; auch der Bericht findet bereitwillig Erfüllung. — A. Z. in Z.: Hamburg 23, Marienbader Straße 118a. — A. G. in Z.: Vielen Dank! — M. Z. in Z.: 2,30 Mk. — G. Z. in Z.: 1,85 Mk. — A. Z. in Z.: 3,35 Mk. — G. Z. in Z.: 2,15 Mk.

8. Mar Bierich, geb. in Grenzdorf i. Schl. 1883, ausgel. das. 1902; 9. Emil Matbaum, geb. in Schönberg 1899, ausgel. in Stieglitz 1917; 10. Emanuel Franck Schwaib, geb. in Lebz 1895, ausgel. das. 1915; 11. Paul Röhfeld, geb. in Berlin 1899, ausgel. das. 1917; 12. Julius Budtke, geb. in Berlin 1899, ausgel. das. 1917; 13. der Maschinenlehrer Geor. Gerth, geb. in Zempelhof 1899, ausgel. in Berlin 1917; die Drucker 14. Hermann Diechmann, geb. in Strich 1898, ausgel. in Prenzlau 1917; 15. Max Sempel, geb. in Berlin 1897, ausgel. das. 1916; 16. Karl Hügelmann, geb. in Berlin 1899, ausgel. das. 1917; 17. Hans Richard Junger, geb. in Chemnitz 1880, ausgel. das. 1898; 18. Otto Schumann, geb. in Plonitz (Schmeitz) 1895, ausgel. in Senftenau 1914; 19. Emil Spröcher, geb. in Mühlendorf 1900, ausgel. in Berlin 1917; 20. der Stereotypen Geor. Berghauer, geb. in Berlin 1899, ausgel. das. 1917; waren noch nicht Mitglieder; die Geor. 21. Ephraim Brunnowasser, geb. in Gernotwitz 1876, ausgel. das. 1893; 22. Oswald Kohlsdorfer, geb. in Sawada 1875, ausgel. in Ratibor 1893; 23. Guido Lesebre, geb. in Berlin 1871, ausgel. das. 1889; 24. Günther Seifert, geb. in Berlin 1896, ausgel. das. 1914; 25. Franz Schrad, geb. in Berlin 1896, ausgel. das. 1914; 26. Max Sonntag, geb. in Berlin 1898, ausgel. in Senftenau 1914; 27. der Maschinenlehrer Karl Andrajeski, geb. in Berlin 1888, ausgel. das. 1906; waren schon Mitglieder. — M. Wajnski in Berlin SO 16, Engelauer 14/15.

Bezahlungsart	Auf der Reise		Am Ort		Unterstützungstage
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Geher . . . . .	4	20	47	396	416
Drucker . . . . .	—	—	17	122	122
Stereotypenre . . . . .	—	—	3	12	12
Galvanoplastiker . . . . .	—	—	—	—	—
Korrektoren . . . . .	—	—	3	35	35
Schiffgießer . . . . .	—	—	7	58	58
<b>zusammen</b>	<b>4</b>	<b>20</b>	<b>77</b>	<b>623</b>	<b>643</b>
im Juni 1916 . . . . .	11	89	381	4515	4604
weniger 1917 . . . . .	7	69	304	3892	3961

**Verbandsnachrichten**  
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 511.  
 Schriftföher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Gau Frankfur-Bessen.** Alle Sendungen sind bis auf weiteres an den Kollegen C. Neus in Frankfurt a. M., Altherbsteigenstraße 51 III, zu richten.

**Adressenveränderungen.**  
 Mannheims-Budwigschafen a. Rh. (Maschinenmeisterklub.) Vorsitzender: Joseph Engler, Ludwigschafen a. Rh., Welferstraße 9 II.

**Zur Aufnahme gemeldet**  
 (Einwobnungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügliche Adresse):  
 Im Gau Bayern die Geher 1. Karl Dilger, geb. in Rieden 1900, ausgel. in Gehenhausen 1916; 2. Konrad Kupfer, geb. in Alldorf 1898, ausgel. das. 1914; 3. Hans Schmidt, geb. in Otlingen 1899, ausgel. das. 1917; waren noch nicht Mitglieder. — Joseph Sech in München, Solzstraße 24 I.

Im Gau Berlin die Geher 1. Alfons Grews, geb. in Pabianitz 1897, ausgel. in Loda 1916; 2. Paul Gursch, geb. in Berlin 1895, ausgel. das. 1913; 3. Otto Sundsdorffer, geb. in Polzin 1898, ausgel. das. 1916; 4. Döner Felentkewicz, geb. in Loda 1899, ausgel. das. 1907; 5. Max Kala, geb. in Mähde (Kr. Kalau, P.-L.) 1899, ausgel. in Kalau 1916; 6. Adolf Königsberger, geb. in Schwabhausen 1897, ausgel. in Meiningen 1915; 7. Herbert Krakow, geb. in Tschow 1898, ausgel. in Jossen 1917;

Im Gau Rheinland-Westfalen 1. der Geher Bernhard Kelenner, geb. in Nordkirchen 1883, ausgel. in Tegelen (Holland) 1900; war schon Mitglied; 2. der Drucker Eduard Overhaus, geb. in Münster 1. W. 1896, ausgel. das. 1915; war noch nicht Mitglied. — Emil Wöhrd in Köln, Gereonskopf 28.

Im Gau Ober der Drucker Albert Seife, geb. in Wriegen a. D. 1874; war schon Mitglied. — Gustav Reinke in Steflin, Turnerstraße 10.

**Verammlungskalender.**

**Eberfeld.** Versammlung Sonntag, den 12. August, vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr, bei Witwe Gauerzopf, Bachstraße 92.  
**Erfurt.** Versammlung Sonntag, den 11. August, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im „Sivoli“.

**Arbeitslosenunterstützung.**

**Hauptverwaltung.** Bericht vom Monat Juni 1917.  
 Auf der Reise: 4 unterstützungsberechtigte Mitglieder.  
 Am Ort: 77 Mitglieder.  
 An Arbeitslosentagen, für die Unterstützung gezahlt wurde, sind gezahlt worden:

An Unterstützungen wurden gewährt:

**Reiseunterstützung:**  
 an 2 Mitgl. für 10 Tg. a 1,50 Mk. (r. Legit.) = 15,— Mk.  
 „ 2 „ „ 10 „ a 1,50 „ (w. „ ) = 15,— „  
 für Porto . . . . . = 0,68 „  
 für Remunerationen an Reisekassenverwalter . . . . . = 0,40 „  
 zusammen 31,03 Mk.

**Ortsunterstützung:**  
 an 8 Mitgl. für 61 Tage a 1,25 Mk. = 76,25 Mk.  
 „ 52 „ „ 385 „ a 1,75 „ = 673,75 „  
 „ 17 „ „ 177 „ a 2,— „ = 354,— „  
 zusammen 1104,— Mk.

**Insgesamt wurden im Monat Juni gezahlt:**  
 1917: 1135,03 Mk. für 643 Tage  
 1916: 7023,80 „ „ 4604 „  
 weniger 1917: 5888,77 Mk. für 3961 Tage.  
 Gesamtausgabe im zweiten Quartal (April bis Juni):  
 1917: 3475,65 Mk. für 1951 Tage  
 1916: 13831,70 „ „ 9158 „  
 weniger 1916: 10356,05 Mk. für 7207 Tage  
 (ohne die mit der Quartalsabrechnung eventuell noch eingehenden Nachträge).

**Verband der Deutschen Buchdrucker**  
 Bilanz am 30. Juni 1917

Einnahmen und Ausgaben in den Gauen für die Monate Januar, Februar, März 1917

Einnahmen		Ausgaben	
An Saldo vorfrag vom 31. März 1917	11706602	Per Unterstötungen in den Gauen im 1. Quartal 1917, Verwaltung usw.	375291
„ Einschreibegeld, Beiträgen usw. in den Gauen im 1. Quartal 1917, Zinsen usw.	546980	„ Saldo vorfrag für 1. Juli 1917	11878291
<b>Summa</b>	<b>12253582</b>	<b>Summa</b>	<b>12253582</b>

Der Saldo von 11878291,10 Mk. setzt sich zusammen aus 11649606,85 Mk. in Wertpapieren, deren Ankaufswert 11551092 Mk. beträgt, 176560,70 Mk. in bar und 52123,55 Mk. Vorschub in den Gauen.

Berlin, den 9. Juli 1917.  
 Vorsitzender Abschluss wurde von mir geprüft und ist mit den ordnungsmäßig geföhrten Geschäftsbüchern in Übereinstimmung gefunden.  
 Berlin, den 23. Juni 1917.

Max Kemminger, gerichtlicher Bücherrevisor beim Königl. Kammergericht und den Königl. Landgerichten I, II und III zu Berlin.  
 Gustav Eißler, Kassierer.  
 Vorsitzender Kassenabschluss ist revidiert, in geböhriger Ordnung befunden und der büchermäßige Tageskassenbestand von 270181,44 Mk. in Belegen und Kasse festgestellt worden.  
 Berlin, den 16. Juli 1917.  
 Die Revisionskommission:  
 Ernst Gerlach, E. Gordan, J. B.: Hans Pitt.

**Maschinenmeister, Typograph- und Monotypesetzer**  
**Akzidenzsetzer, Werksetzer**  
 jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. [540]  
 Oscar Brandtsetzer, Leipzig.

**Schiffsetzer, Typographsetzer und Maschinenmeister**  
 auch Kriegsbeschädigte, in dauernde Stellung sucht August Pries, Leipzig, Brüderstraße 59. [303]

**Werk- und Akzidenzsetzer sowie Linotypesetzer**  
 zum sofortigen Eintritt gesucht. Schriftliche Angebote erwünscht. [607]  
 Wilhelm Grene, Königl. Hofbuchdrucker, Berlin SW 68, Ritterstraße 50.

**Zwei tüchtige Geher**  
 für Inserate und Tabellen finden Dauerstellung. [606]  
 „Köpenicker Tageblatt“, Köpenick.

**Türkischen Geher**  
 persisch, sucht sofort  
 Märkische Buch- und Kunstdrucker, [599]  
 Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 19/20.

**Schiffsetzer**  
 der möglichst herodotypieren kann, in dauernde Stellung gesucht. [575]  
 J. S. Seckauf, Buchdrucker, Bochum.

**Akzidenzsetzer und Werksetzer**  
 stellen sofort ein  
 Wenzler & Wittig, Leipzig, Hohe Straße 1. [609]

**Maschinenmeister**  
 (auch Arbeitsunfähige) sofort gesucht. [611]  
 A. Schindler, Friseur (Schwarzwald).

**Maschinenmeister**  
 möglichst mit Königl. Bogenanleger vertraut, gesucht. [600]  
 G. E. Saag, Melle i. Hann.

**Buchdruckmaschinenmeister**  
 (auch Kriegsbeschädigte) zum sofortigen Eintritt gesucht. [610]  
 Wilhelm Czemerning, Königl. Hofsetzeramt, Leipzig.

**Messinglinienfabrikation.**  
 Erfahrene Arbeiter werden gesucht. [542]  
 H. Berthold u. Co., Berlin SW 28.

**Nach Wilhelmshaven**  
 sucht Schiffsetzer, in allen Scharfen firm, zum 25. August Stellung. Offerten erbelen an [604]  
 H. Wolf, Ratowitz, Wilhelmshafen 9.  
 Dr. Gehhaffen, Frank. oberPost. 83<sup>1/2</sup>; 66, Berl. C. 1, a 3,50 Mk., gr. Schlegelstraße 15 Mk. u. and. Messinglin. verk. Willh. Seidel, Berlin S42, Brandenburgerstr. 13.

Nach kurzer Krankheit verstarb am 25. Juli im Felde der Maschinensetzer  
**Georg Tylezynski**  
 Wer ihn näher gekannt, wird gleich mit seinem Verlust aufrichtig beklauern.  
 603] H. Kowe, Berlin.

Am 1. August verstarb in einem Lazarett infolge Kopfschulles unser lieber Geherkollege  
**Paul Tripke**  
 aus Mehlthal.  
 Sein tieber Charakter schert ihm bei uns ein lebendes Andenken.  
 Die Kollegen der Firma Gebr. Jungbanh, Leipzig.

Am 2. August verstarb in einem rheinischen Lazarett unser lieber Kollege, der Schiffsetzer  
**Konrad Schöfner**  
 aus Bayreuth.  
 Dem jungen Kollegen wird ein ehrendes Andenken bewahren  
 Die Mitgliebschaft Bayreuth.

In diesem Weltkriege haben wir den Verlust unseres langjährigen Mitglieds und lieben Kollegen, des Maschinensetzers  
**Otto Brieske**  
 aus Steffin, zu beklagen. [601]  
 Seine eifrige Tätigkeit im Vereinsleben und tieber Charakter schert ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken.  
 Verein Steffiner Buchdrucker.

Am 2. Juli verstarb nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Invalide  
**Klaus Riemann**  
 aus Tschöe, im Alter von 71 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
 602] Der Bezirksverein Tschöe.

Wieder ist uns ein lebensfroher, freier Kollege, der Geher  
**Michael Breisch**  
 aus Weilerstadt bei Darmstadt, durch den unerbittlichen Weltkrieg entrisen worden.  
 Ferner verstarb nach kurzem Krankheitslager der Invalide  
**Hermann Schiffmann**  
 aus Eilenburg, der über 40 Jahre dem Verbands treu geblieben.  
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen  
 Bezirks- und Ortsverein Bonn.

Nach kurzem Krankheitslager verstarb am 29. Juli unser werter Kollege, der Druckerinvalide  
**Andreas Schäfer**  
 im hohen Alter von 87 Jahren.  
 Der Verstorbene war geboren zu Manen am 6. Mai 1830 und trat im Jahre 1878 in Dören dem Verbands bei. Seit 1909 Invalide, bestellte er vor einigen Jahren nach Nachen über, um nimmehr nach seinem Willen wieder nach der Stätte seiner langjährigen Wirksamkeit Dören zu ziehen. Verbrachte er dort. Der Verstorbene war stets ein lieber und freier Kollege, dem ein ehrendes Andenken geschert ist.

Als weiteren Kräfteverlust haben wir den Tod des Geher  
**Adolf Roth**  
 aus Heilbronn zu beklagen. Der für das Vaterland Geallene war erst kurze Zeit vor seiner Einberufung in Dören zugereist.  
 Auch ihm werden wir ein ehrendes Andenken bewahren.  
 Der Bezirksverein Nachen.